



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Bundesamt für Migration BFM
Stabsbereich Recht

- Frau Sandrine Favre
Sandrine.Favre@bfm.admin.ch
- Frau Helena Schaer
Helena.Schaer@bfm.admin.ch

Basel, 12. Februar 2014

Regierungsratsbeschluss vom 11. Februar 2014

Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 1051/2013 zur Änderung des Schengener Grenzkodex zwecks Festlegung einer gemeinsamen Regelung für die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen (Schengen-Weiterentwicklung) sowie weitere Änderungen im Ausländer- und Asylrecht
Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Frau Favre
Sehr geehrte Frau Schaer

Mit Schreiben vom 20. November 2013 von Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga wurde dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt der Vernehmlassungsentwurf und der Erläuternde Bericht zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 1051/2013 sowie weitere Änderungen im Ausländer- und Asylrecht unterbreitet.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass der Regierungsrat die Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) Nr. 1051/2013 zur Änderung des Schengener Grenzkodex zwecks Festlegung einer gemeinsamen Regelung für die vorübergehende Wiedereinführung von Kontrollen an den Binnengrenzen sowie die daraus resultierende Anpassung im AuG begrüsst. Ausserdem befürworten wir die Präzisierungen und Anpassungen im AuG sowie die Schaffung einer rechtlichen Grundlage im AsylG, um Wegweisungsentscheide eines anderen Dublin-Staates anerkennen zu können.

Wir bedanken uns für die Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Guy Morin
Präsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin